



Stellung der Landesverbände. Er verurteilte die hohen Eintrittsgelder der Amerikaner und die Unterstützung der Zollpolitik durch die amerikanischen Organisationen und kritisierte die niedrigen Beiträge und die daraus resultierende geringe Festigkeit der Verbände in den romanischen Ländern. An die Referate schloß sich eine ausgedehnte Debatte, die viel dazu beigetragen hat, sich gegenseitig besser verstehen zu lernen und die in den einzelnen Ländern gemachten Erfahrungen der gesamten internationalen Bewegung nutzbar zu machen. Beschlüssen wurde, gegen das Prämiensystem in allen Ländern zu wirken und dort, wo der Stundenlohn noch besteht, für seine Ablösung durch die Wochenlohnung einzutreten.

Zum Schluß wurde Wien als Tagungsort für den nächsten Kongreß bestimmt und Berlin als Sitz des Sekretariats einstimmig wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten des Kongresses erledigt und die Delegierten gingen nach dreitägiger andauernder Beratung wieder auseinander. Sie werden in den Ländern ihrer Wirksamkeit den internationalen Geist der Verbüderung und der unverbrüchlichen Solidarität im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner der Arbeiterschaft der ganzen Welt, gegen den internationalen Kapitalismus, pflegen und fördern und den Gedanken der Zusammengehörigkeit weitertragen. Und dadurch wird der Kongreß wieder seinen Teil dazu beigetragen haben, daß auch die Lithographen und Steindruckere aller Länder zu einer Kerntuppe werden im großen ununterbrochenen Befreiungskampf des Proletariats der ganzen Erde.

### Rundschau.

**Das neue Verbandsstatut** trat am 1. Oktober in Kraft. Die wichtigsten Änderungen und Bestimmungen sind folgende:

1. **Der Beitrag** beträgt für Vollmitglieder 1,30 Mk., für die bisherigen 95 Pf.-Zähler 1 Mk., für die bisherigen 60 Pf.-Zähler 80 Pf.
2. **Das Eintrittsgeld** beträgt 1,30 Mk. Mitglieder der Lehrzeit *ohne* Eintrittsgeld zum Verband über. Ausgelernte, die früher der Lehrlingsabteilung nicht angehört haben, können bis 2 Wochen nach beendigter Lehrzeit *ohne* Eintrittsgeld dem Verbandsbeitreten.
3. **Unterstützungen**, gleich welcher Art, dürfen bei mehr wie 4 Wochen Beitragsrest *nicht* zur Auszahlung gelangen. Unterstützungen werden nur vom Tage der Meldung an gezahlt.
4. **Ausschluß muß erfolgen**, wenn ein Mitglied mehr wie 8 Wochen Beitragsrest hat und ein Antrag auf Stundung der Reste nicht gestellt worden ist.
5. **Während einer Krankheit** wird ein Beitrag *nicht* mehr erhoben. Das Krankengeld beträgt pro Tag 1,80 Mk. bzw. pro Woche 10,80 Mk.
6. **Invaliden und Witwen**, soweit diese aus Verbandsmitteln unterstützt werden, erhalten nach 10jähriger Beitragsleistung pro Woche 5 bzw. 2,50 Mk., nach 15jähriger Beitragsleistung 6 bzw. 3 Mk. und nach 20jähriger Beitragsleistung 7 bzw. 3,50 Mk.
7. **Reiseunterstützung** wird per Luftkilometer 3 Pf. gezahlt; die zu beziehenden Gesamtbeträge sind die alten geblieben.
8. **Die Umzugskosten** gelangen auf Grund der Berechnung nach Kilometern zur Auszahlung. Bei 10-50 Kilometer wird pro Kilometer 1 Mk. gezahlt usw. Auch hier sind die zu beziehenden Endsummen die alten geblieben.
9. **Bei militärischen Übungen** wird pro Übungs-tag 1 Mk. Unterstützung gezahlt.
10. **Die Unterstützung der ausgesetzten Kollegen** gelangt am 1. Oktober zum letzten Mal zur Auszahlung.

**Zu wahren Straßenschlachten** zwischen Schutzleuten und dem unorganisierten Mob kam es in den letzten Septembertagen anlässlich eines Streiks der Kohlenfahrer einer einzelnen Firma in Berlin. Die ehrenwerte Zunft der Streikbrecher wurde unter polizeilicher Obhut von und nach der Arbeitsstelle transportiert. Das gab dem großstädtischen Janhagel Veranlassung, sowohl die Schutzengel als ihre Schützlinge zu verhöhnen, worauf die Polizei mit der bekannten preußischen Schnelligkeit vorging. Trotzdem Streikende an den Kravallen, bei denen fast 100 Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden, fast gar nicht beteiligt waren, sucht die Scharfmacherpresse die Streikenden und ihre Organisation, den Transportarbeiterverband für die Vorkommnisse verantwortlich zu machen. Sie kümmert sich nicht darum, daß sogar die Polizei selbst die Nichtbeteiligung der Streikenden zugegeben hat, indem der Polizeimajor Rau einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes gegenüber erklärte: »Übrigens waren bei den späten nächtlichen Exzessen gestern nach meiner Ueberzeugung wirk-

liche Arbeiter oder Streikende wenig oder gar nicht beteiligt. Der Janhagel bildete wohl durchweg die Ansammlungen.« Trotzdem schreibt die Scharfmacherpresse nach Ausnahmegesetzen für die organisierte Arbeiterschaft, worauf letztere kommenden Sonntag in zahlreichen Versammlungen, die in Großberlin zur Stellungnahme zu den Kravallen einberufen wurden, die gebührende Antwort geben wird.

**Der Arbeitsmarkt im August** hielt sich nach dem Septemberheft des »Reichsarbeitsblattes« im allgemeinen auf gleicher Höhe wie im Juli. Noch immer wirkte die Wiederaufnahme der Arbeit im Baugewerbe auf eine Reihe von Industrien belebend ein. Auf dem Ruhrkohlenmarkt gingen nur ungenügende Aufträge ein, so daß sich die Werkbesitzer genötigt sahen, die regelmäßige Arbeitszeit zu kürzen. Im oberschlesischen Kohlengebiet und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau lagen dagegen die Verhältnisse infolge des vermehrten Absatzes von Hausbrandkohle etwas günstiger als im Vormonate. Die Metall- und Maschinenindustrie war ausreichend beschäftigt. Das gleiche gilt in verstärktem Maße von der elektrischen Industrie. Ueber den Geschäftsgang in der Textilindustrie klagten die Spinnerinnen erheblich, die Webereien dagegen sprachen sich befriedigend aus. Die Tapetenindustrie hatte recht flott zu tun.

**Die Tarifverträge im Jahre 1909.** Wie im Vorjahr ist auch die Zahl der im Jahre 1909 abgeschlossenen Tarifverträge vom Kaiserlichen Statistischen Amt in einem Sonderheft zum »Reichsarbeitsblatt« zusammengestellt und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Das Material stammt von einzelnen Arbeitgebern, Arbeitgeberverbänden, Arbeitnehmerverbänden und Gewerbevereinen. Doch waren die Angaben der letzteren und die der Arbeitgeber so gering an Zahl, daß sie nur zur Kontrolle und Ergänzung der von Arbeitnehmerverbänden gemachten verwendet werden konnten. Neu abgeschlossen wurden im Berichtsjahr 2360 Tarife für 30766 Betriebe und 256116 Personen. Da von diesen 1765 Tarife für 24606 Betriebe und 219382 Personen abgelaufen waren, so erhöhte sich die Zahl der am 1. Januar 1909 vorhandenen Tarife von 5981 für 130257 Betriebe und 1055654 Personen auf 6578 Tarife für 137214 Betriebe und 1107478 Personen am Ende des Jahres 1909. Durch Ausmerzung einer Anzahl doppelt gezählter Tarife ermäßigt sich der tatsächliche Bestand an Tarifverträgen Ende 1909 auf 6308 für 130657 Betriebe und 1081557 Personen. Tarifgemeinschaften, bei denen nur auf der Arbeitgeberseite ein Verband als Vertragschließender erscheint, während die Arbeiter nicht organisiert waren, wurden im Berichtsjahr nicht abgeschlossen. Dagegen ist zu konstatieren, daß die nur mit einzelnen Firmen abgeschlossenen Tarifverträge eine erhebliche Zunahme erfahren haben. Sogenannte Reichstriefe wurden im Jahre 1909 fünf abgeschlossen oder erneuert, und zwar der Bäcker und Transportarbeiter mit dem Zentralverband der Konsumvereine und der Chemigraphen, Xylographen und Lichtdrucker mit den entsprechenden Arbeitgeberverbänden. Am meisten ist bei den neu abgeschlossenen Tarifgemeinschaften das Baugewerbe mit 28,0 Prozent aller Tarifverträge, 29 Prozent aller von Tarifverträgen erfaßten Betriebe und 34,7 Prozent aller darunter fallenden Personen beteiligt; es folgt die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 17,3 Proz. aller Tarifgemeinschaften. Alle anderen Industrien, darunter die Gruppe »Polygraphisches Gewerbe« mit 0,7 Prozent der abgeschlossenen Verträge, 1,5 Prozent der erfaßten Betriebe und 1,6 Prozent der Personen, bleiben unter 10 Proz. der abgeschlossenen Verträge. Das polygraphische Gewerbe zählt 15 Verträge mit 359 Betrieben und 3777 beschäftigten Personen. Während im Reichsdurchschnitt auf eine Tarifgemeinschaft 11,6 Betriebe und 110,1 Personen, sowie auf einen Betrieb 9,5 Personen entfallen, zählt das polygraphische Gewerbe auf eine Tarifgemeinschaft 23,9 Betriebe und 251,8 Personen und auf einen Betrieb 10,5 Personen.

**Die Berliner Bauunternehmer** sind nunmehr offiziell aus dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ausgetreten. Die Ursache dazu gaben die Scharfmachervorschriften des Bundes, denen sich die Berliner nicht unterordnen wollten; infolgedessen machten sie bei der diesjährigen großen Bauarbeiteraussperrung nicht mit, sondern sie schlossen mit ihren Arbeitern in verständiger Weise Frieden. Dieser Vorgang ist der beste Beweis dafür, daß auch die Bäume der trutzigen »Bausperrlinge« und der aussperrungswütigen Unternehmerkreise überhaupt nicht in den Himmel wachsen.

**Die Knappschaftsältestenwahlen im Ruhrgebiet**, die am 17. September stattfanden, brachten von insgesamt 419 Mandaten dem Bergarbeiterverband 299, dem christlichen Gewerkverein 83, der polnischen Berufsvereinigung 29, den Zechen 8 und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein gar keine Mandate. An Stimmen erhielten: Der Bergarbeiterverband 97779, der Gewerkverein 53018, die Polen 22238, die Zechen 5413, der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein 2400. Im Jahre 1904 wurden Stimmen abgegeben für den Bergarbeiterverband 66533, Gewerkverein 43280, Polen 3479, Zechen 6473, Mischmasch 5606. Die absolute Mehrheit der Knappschaftsältesten beträgt 210; der Bergarbeiterverband hat also rund 89 Älteste über die absolute Mehrheit. Der Bergarbeiterverband hatte vor den Neu-

wahlen 234, der Gewerkverein nach Angabe seines Sekretärs Steeger in der Generalversammlung des Knappschaftsvereins am 30. Juni 1910 133 Älteste; der Gewerkverein hat danach rund 50 Ältestenmandate verloren, der Bergarbeiterverband hat rund 65 gewonnen. Letzterer hat also nicht nur dem vereinten Ansturm seiner Gegner glänzend widerstanden, sondern ihnen eine vernichtende Niederlage beigebracht; sie bilden heute nur noch eine völlig hoffnungslose kleine Minderheit. Diese Wahlen sollten ein Vorzeichen sein zu den kommenden Reichstagswahlen; sie sind es geworden, aber nicht wie es die Gegner wünschten.

**Eine vernünftige Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung** hat das hanseatische Oberlandesgericht getroffen. Ein Bauhilfsarbeiter sagte zu einem Unorganisierten: »Wenn du dem Verbandsbeitritt, können wir nicht mit dir arbeiten.« Das Schöffengericht verurteilte ihn infolgedessen zu einem Tage Gefängnis, weil es in der Äußerung ein Vergehen aus § 153 der Gewerbeordnung erblickte. Das Landgericht stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Die höhere Revisionsinstanz folgte aber den Ausführungen des Verteidigers, die dahingingen: »Ein Arbeiterverband, auch wenn er bezweckt, von Fall zu Fall Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu treffen, fällt nicht unter § 153 der Gewerbeordnung. Dieser setze voraus, daß es sich um bereits bestehende Verabredungen handelt.« Das Oberlandesgericht hob das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. Damit dürfte den Auslegungskunststücken der unteren Gerichtsinstanzen in wirksamer Regel vorgeschoben sein.

**Ein Nationaler Arbeiter- und Gehilfen-tag** fand unlängst in Dresden statt, nachdem man wochenlang zuvor den nötigen Tamtam geschlagen und alle Prinzipale und Herrschaften ersucht hatte, ihre Arbeiter auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen. Es kamen also zusammen: Hirsch-Dunckersche, evangelische, christlich-nationale Gewerkvereiner, deutschnationale Handlungsgehilfen, katholische Arbeitervereine, königstreue Knappen und wie die übrigen Gemerzgroße alle heißen, um gegen die verhaßte Sozialdemokratie mobil zu machen. Schade, daß nicht auch noch die Gelben auf der Tagung vertreten waren, das Bild wäre sonst ein vollkommeneres gewesen; einstweilen geniert man sich aber noch ein wenig, sie als Bundesgenossen zu empfangen. Natürlich freuen sich die »nationalen Arbeiter der Ökonomie an hoher Stelle. Es hatten sich Vertreter der Regierung, der Kreis-hauptmannschaft und der Stadtverwaltung eingefunden, die in ihren Begrüßungsreden nur so von Wohlwollen für den vierten Stand triefen. Viele Vertreter der bürgerlichen Parteien von der äußersten Rechten bis zum ollen ehrlichen Freisinn wollten zeigen, wie sehr ihnen das Wohl der Arbeiter am Herzen liege. Und so begann der Verhandlungstag mit stundenlangen Begrüßungsreden, Segenswünschen und dergleichen mehr. Es wurde in ähnlichem Stil referiert über die Koalitionsfreiheit, über die Einführung der reichsgesetzlichen völligen Sonntagsruhe, über die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise und über die obligatorische Einführung des Proportionalwahlsystems für alle sozialen Wahlen. Nachdem man dann noch in Reichsverbandsmanier allerhand längst widerlegte Behauptungen über Terrorismus der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufgefischt hatte, ging mit dem üblichen Königshoch der »grandios« verlaufene Tag zu Ende. Wenn sich auf der Tagung die bürgerlichen Parteien in Lobhudeleien der Arbeiter gegenseitig überboten, so muß man bedenken, daß wir ja bald Reichstagswahlen haben. Und da fürchten sich schon heute die Vertreter der bürgerlichen Parteien vor der Abrechnung. Die ganze Veranstaltung riecht daher recht bedenklich nach Wahlmache und Stimmfang.

**Ein Kongreß der Gelben** tagte kürzlich in Braunschweig. Die braven Arbeiter, die vom deutschen Kaiser telegraphisch begrüßt und wegen ihrer unwandelnbaren Treue gelobt wurden, stimmten mit stürmischen Beifall einem Antrage zu, wonach die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung derart verbosert werden sollen, daß von einem Koalitionsrecht überhaupt keine Rede mehr sein könnte. Nachstehende Resolution, die einstimmig angenommen wurde, spiegelt das Glaubensbekenntnis dieser mit geistiger Blindheit geschlagenen und verführten Arbeiter wieder: »Die Hauptversammlung des Bundes vaterländischer Arbeitervereine begrüßt es mit Genugtuung, daß die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen wieder aufgerollt ist, sowohl seitens der Industriellen in Köln, als auch durch den deutschen Innungs- und Handwerker-tag zu Berlin. Auch die vaterländischen Arbeitervereine verlangen Schutz gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts, durch den die Willensfreiheit des Arbeiters in unerträglicher Weise beeinträchtigt und gegen den Willen der Gesetzgeber ein Koalitionszwang geschaffen wird. Der Vorstand des Bundes wird ersucht, geeignete Gegenmaßregeln, insbesondere auch das Verbot des Streikpostenstehens, zu beantragen. Ferner ersucht die Vertreterversammlung den Vorstand, bei den Arbeitgebern zu beantragen, daß in den Arbeitsordnungen der Absatz eingefügt wird: Arbeiter, welche es unternehmen, Arbeitswillige an der Arbeit zu hindern oder sie während derselben zu belästigen, sind sofort zu entlassen bzw. nicht

wieder einzustellen. In 125 Vereinen wollen diese vaterländischen Arbeiter 20000 Mitglieder haben.

## Soziale Monatsschau.

Berlin, den 1. Oktober 1910.

Sozialpolitische Kongresse und Konferenzen: Stellung des Kopenhagener Sozialistenkongresses zum Arbeiterschutz; Internationale Sozialversicherungskonferenz in Haag; Handwerks- und Gewerkekammertag in Stuttgart; Verbandstag der Gewerbegerichte in Köln a. Rh.

In den letzten Wochen fanden mehrere Kongresse und Konferenzen statt, die von hervorragender sozialpolitischer Bedeutung waren, so daß der Extrakt der Verhandlungen in unserer Monatsschau registriert zu werden verdient.

Allen diesen Kongressen voran steht der *Achte Internationale Sozialistische Kongreß*, der vom 28. August bis zum 3. September in Kopenhagen tagte. Die „Graph. Presse“ hat bereits in No. 36 die Ergebnisse dieses Weltparlaments der Arbeit in großen Zügen skizziert, so daß wir uns hier darauf beschränken können, an seine Beschlüsse sozialpolitischer Art nochmals besonders zu erinnern.

Die zur Frage der *Arbeitslosenversicherung* beschlossene Resolution wurde in dem erwähnten Artikel bereits fast wörtlich wiedergegeben, so daß sich ihre Wiedergabe an dieser Stelle erübrigt.

Zum *Arbeiterschutz* nahm der Kongreß Stellung durch folgenden Beschluß: „Die mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter führte Zustände herbei, die ein Einschreiten der Gesetzgebung zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig machen. In keinem Lande erreichen die Schutzgesetze das, was auch nur annähernd im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist, und was ohne Schädigung der Industrie gegeben werden kann. Der Kongreß erinnert daher an folgende, im allgemeinen schon durch den Pariser Kongreß von 1889 für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes erhobenen Mindestforderungen: 1. Eine höchstens achtstündige Arbeitszeit. 2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. 3. Verbot der Nachtarbeit, außer, wenn sie durch die Natur der Sache aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt geleast werden muß. 4. Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter. 5. Verbot des Trucksystems. 6. Sicherung des Koalitionsrechtes. 7. Eine wirksame und durchgreifende Inspektion der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe unter Mitwirkung der durch die Arbeiter gewählten Personen. — Zwar hatte der Pariser Kongreß zur Folge, daß im Jahre 1890 in Berlin und 1900 in Bern Arbeiterschutzkonferenzen der Regierungen zusammentraten und internationale Verbindungen für Arbeiterschutz gebildet wurden. Aber trotz der vielen Verhandlungen wurden sehr wenig positive Leistungen durch die Gesetzgebung geschaffen, weil die herrschenden Klassen in der Befürchtung, geschädigt zu werden, dem Arbeiterschutz entgegenwirken, obwohl durch den Arbeiterschutz in keinem Lande irgend ein Erwerbszweig geschädigt ist, vielmehr die Hebung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit der Arbeiter der allgemeinen Kultur und auch der Unternehmerklasse einen Vorteil bringt. Um ein Versinken der Arbeiter in Pauperismus zu verhindern, forderte der Kongreß zu Amsterdam 1904, daß unter voller Selbstverwaltung durch die Arbeiter und bei gleichartiger Behandlung der Angehörigen der verschiedensten Nationen in allen Ländern Einrichtungen geschaffen werden sollen, die ausreichende Subsistenzmittel und ausreichende Heilmittel den Kranken, Verletzten, Invaliden und Alten gewähren, die den Schwangeren und Wöchnerinnen diejenige Hilfe bringen, die für das Gedeihen des Säuglings und der Mutter geboten sind und die Witwen und Waisen sowie die Arbeitslosen vor Not bewahren. Die bestehenden Arbeiterschutz- und Arbeitsversicherungsgesetze genügen keineswegs den ebenso notwendigen wie berechtigten Anforderungen der Arbeiter. Insbesondere schutzlos sind die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Nur durch nachhaltiges Drängen der Arbeiter kann mehr erreicht werden. Der Kongreß fordert deshalb die Arbeiter aller Länder auf, sie mögen in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft und in anderen Arbeitszweigen tätig sein, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen und wirksamen Arbeiterschutz durch unablässige Agitation und durch den Ausbau der klassenbewußten Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erobern.“

Nächst dem Kopenhagener Kongreß muß die *Erste Internationale Konferenz für Sozialversicherung* genannt werden, die in der zweiten Septemberwoche in Haag zusammentrat. An der Konferenz beteiligten sich Politiker aller Parteien, Reichs- und Kommunalbeamte, Berufsbeamte der öffentlichen und privaten Versicherungen, Aerzte und Hygieniker, Richter und Anwälte, Unternehmer und Arbeiter, also alle Kreise, die für die Sozialversicherung Interesse haben. Die Konferenz befaßte sich u. a. mit der Aertzefrage, mit der Krankenversicherung und mit der Arbeitslosenversicherung.

Im Vordergrund stand besonders die *Aertzefrage*, die sich wie ein roter Faden durch alle Verhandlungen zog, so daß man fast zu der Vermutung kommen könnte, die ganze Sache sei eine Mache des Leipziger Aertzeverbandes. Aber er wird an dem Verlauf der Verhandlungen wenig Freude gehabt haben. Besonders ging der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen, Genosse Fräßdorf-Dresden, mit den Vertretern des Aertzeverbandes scharf ins Gericht; er kritisierte unter stürmischem Beifall das terroristische Vorgehen der Aertzeorganisation in Deutschland und erklärte schließlich: „Die deutschen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind gewillt, im Frieden mit den Aerzten zusammen zu arbeiten, aber sie sind nicht gewillt, sich von dem Leipziger Verband majorisieren und ihr Selbstverwaltungsrecht herabwürdigen zu lassen.“

Bei der Besprechung der *Krankenversicherung* richtete auch der Direktor für die Abteilung für Arbeiterstatistik im deutschen reichsstatistischen Amte, Geheimrat Dr. Zacher-Berlin, beherzigenswerte Worte an die Adresse der Aerzte. Er wies darauf hin, daß die Sozialversicherung das Arbeitsgebiet der Aerzte nicht verengt, sondern erweitert habe. Sie habe der Aertzschaft die Kreise der Unbemittelten und der Minderbemittelten, die früher ärztliche Hilfe nicht in Anspruch nahmen, zugeführt. Schon jetzt habe der ärztliche Stand durch die Sozialversicherung 80 Millionen Mark Einnahmen. Bei der geplanten Ausdehnung der Versicherung werde die Summe auf hundert Millionen Mark Einnahmen steigen. Und dennoch werde die Zahl der Versicherten nur etwa 20 Millionen, also nur ein Drittel der Bevölkerung betragen. Es ließe sich also nicht behaupten, daß die Sozialversicherung einen Notstand der Aerzte herbeigeführt habe. Daß das Interesse der Versicherten höher geachtet werden müsse als das der Mediziner, die nur eine kleine Gruppe ausmachen, gab seinen deutschen Berufskollegen auch der Professor Leondi aus Cagliari zu verstehen. Im großen und ganzen haben die Aerzte auf der internationalen Konferenz trotz ihrer großen Vorbereitungen sehr schlecht abgeschnitten; ihre Delegierten werden wenig Erfreuliches in ihrer Heimat zu berichten haben. Eine Aussprache über die Zweckmäßigkeit verschiedener Versicherungsarten führte zur einheitlichen Anerkennung der großen Vorteile der Zwangsversicherung.

Ueber den Stand und die Aussichten der *Arbeitslosenversicherung* lag nur ein Bericht aus Deutschland vor. Sein Verfasser stellt vier Ursachen der Arbeitslosigkeit fest, und zwar: Arbeitsunfähigkeit, Arbeits scheu, Arbeitskämpfe und Arbeitsmangel. Gegen die zwei ersten Ursachen wirke in Deutschland die Sozialversicherung und das Strafgesetzbuch; gegen die Schäden der Arbeitskämpfe diene in geringem Maße die Gewerbegerichte, die Einigungsämter und mit mehr Erfolg die Tarifverträge mit ihren Selbsthilfemaßregeln. Danach bleibe also nur noch die Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsmangel zu bekämpfen. Der Referent zu diesem Punkt empfahl als nächsten Weg die Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen und in Anlehnung an einen der schon bestehenden staatlichen Versicherungszweige. Weil aber nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland in absehbarer Zeit auf die Einführung dieses Versicherungszweiges von Staats wegen nicht gerechnet werden kann, so wurde dieser Bericht ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

Angesichts des tatkräftigen Eintretens für wirksamen Arbeiterschutz durch den Kopenhagener Kongreß und der Bemühungen zur Förderung der sozialpolitischen Gesetzgebung durch die Konferenz in Haag mütet die Stellungnahme des *Elften Deutschen Handwerks- und Gewerkekammertages*, der ebenfalls in der zweiten Septemberwoche in Stuttgart stattfand, geradezu mittelalterlich an. Die Klagen der Krauter über viel zu viel sozialpolitische Arbeit nahmen gar kein Ende. Einige Kostproben aus den Verhandlungen mögen Zeugnis ablegen für den müßigen, zopfigen Charakter der ganzen Tagung.

Vom Generalsekretär Meusch wurde z. B. die *Verkürzung der Arbeitszeit für die jugendlichen Arbeiter* als — Hindernis für die Einführung der Motore in Handwerksbetrieben bezeichnet. Das heißt also nichts anderes als: könnte man die jugendlichen Arbeiter noch nach Herzenslust ausbeuten, dann wären auch die Anschaffungskosten für Motore bedeutend schneller wieder auszugleichen.

Bei der Behandlung der *Reichsversicherungsordnung* bemerkte der Syndikus der Breslauer Handwerkskammer: Man dürfe sich durch das Wort „sozial“, das in Wirklichkeit nur eine Maske für die Begehrlichkeit des vierten Standes sei, nicht täuschen lassen. Trotz dieser Philosophie der Unverfrorenheit des dritten gegen den vierten Stand wurden die Vorschläge des Herrn, der Halbierung der Beiträge in der Krankenversicherung zustimmen, abgelehnt. Das hätte ja die Krauter etwas gekostet. Dafür wurde der erwähnte Herr in der Unverfrorenheit durch den Gesamtkongreß noch übertrumpft, indem gefordert wurde, daß die „Arbeitgeber“ nur ein Drittel der Beiträge zahlen sollten, daß ihnen jedoch — die Hälfte des Einflusses in der Verwaltung zugestanden werden müsse!

Ferner suchten die Meister bei der Aussprache über die *Fürsorge für die gewerbliche Jugend* allerhand Mittel auszukübeln, mit denen sie den Lehrlingen in sogenanntem „nationalen“ Sinne die Köpfe verziehen könnten. Daß sie dabei die Forderung aufstellten, die modernen Arbeiterjugendvereine müßten als politische Vereine erklärt werden, dagegen ihre Lehrlingsvereine nicht, versteht sich am Rande.

Doch werden auch diese Schattenseiten der heutigen Meisterlehren nur noch solange kursfähig bleiben, als sich die Eltern der Lehrlinge eine solche eigennützige und spekulative Nebenregierung auf geistigem und ethischem Gebiet in der Erziehung ihrer Kinder gefallen lassen. Anderes oder besseres von dieser Tagung zu berichten, sind wir nicht in der Lage.

Auf dem *Verbandstag der Gewerbegerichte Deutschlands*, der in der dritten Septemberwoche in Köln tagte, herrschte dagegen immerhin schon ein modernerer und frischerer Geist. Ihm ging eine Konferenz der Arbeitnehmerbeiträger an den Gewerbegerichten voraus, die der Uebernahme der Tätigkeit der Zentralkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer durch die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften zustimmte und im übrigen allgemeine Arbeitergerichte forderte.

Der Verbandstag selbst nahm zunächst einen Bericht des Münchener Gewerbegerichtsdirektors Dr. Prenner über die *Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag* entgegen. Der Referent schloß seine Uebersicht mit der Bemerkung, daß in dem Wort Sozialpolitik mancherlei entgegengesetzte Interessen zum Ausdruck kämen und daß es nicht gut sei, wenn der Gesetzgeber übereilten Anregungen des Tages Folge gebe. So sei die Frage der Tarifverträge noch nicht reif zur gesetzlichen Regelung, dagegen verlangten zahlreiche andere Fragen dringend eine solche (Heimarbeit, Arbeitsnachweis, Koalitionsrecht usw.), und gerade darin geschehe am allerwenigsten. Er hoffe, daß die Erledigung dieser spruchreifen Fragen bald einen freudigen Schein in das gegenwärtig so düstere Bild der Sozialpolitik bringen werde.

Bei den Beratungen über die *gesetzliche Regelung der Tarifverträge* selbst wurde diese jedoch zunächst von Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M. als eine der nächsten Aufgaben der Sozialgesetzgebung gefordert. Der Ausgangspunkt müsse der Grundsatz der Tariffreiheit sein, wonach dem Tarifvertrag nur angehören, die sich ihm freiwillig unterworfen haben (Verbände oder Einzelpersonen). Die Folgen der Verletzung des Arbeitsvertrages, als welche Ausstoßung und Buße bei Friedensbruch, Ordnungsstrafe und Verwaltungszwang bei Ungehorsam in Betracht kommen, seien ausdrücklich zu normieren. Der Arbeitsvertrag bedürfe einer eigenen Verwaltung und Gerichtsbarkeit. — Der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes Döblin-Berlin erklärte die Tarifverträge als ein Gebot der Kulturentwicklung. Leider könnten in Deutschland noch viele Unternehmer nicht einsehen, daß der Arbeiter, wie das sonst beim Austausch der Güter der Fall sei, das Recht habe, beim Verkauf seines Gutes, der Arbeitskraft, mitzureden. Zur Förderung der Tarifgemeinschaften sei notwendig: die Schaffung eines freien Koalitionsrechtes, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, gesetzliche Regelung der Tarifverträge mit Bindung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. — Dr. Mielenz-Berlin, Generalsekretär des Verbandes der Baugeschäfte für Berlin und Umgegend, bezweifelte die Notwendigkeit des gesetzlichen Vorgehens. Man möge zunächst auf die Beseitigung der Hindernisse wirken, die dem Zustandekommen von Tarifverträgen entgegenständen. Vor allen Dingen komme es auf beiderseits starke Organisationen an, da nur dann Tarifverträge möglich seien; hierzu empfehle sich der Ausbau des Koalitionsrechtes und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Auf dem Verbandstag wurde ferner die *Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten* und die *Ausgestaltung der Rechtsmittelinstanzen, die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts der Frauen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten*, sowie die *gesetzliche Regelung der Akkordarbeit, des Rechts der Gratifikationen und der Rechtsverhältnisse der Werkpensionskassen* erörtert und von vielen Rednern gefordert. Alles in allem nahm der Verbandstag, der keine Beschlüsse faßt, sondern sich mit der gegenseitigen Aussprache über wichtige sozialpolitische Fragen und Aufgaben begnügt, einen recht anregenden Verlauf. Möchte er befruchtend auf die arbeiterrechtliche Gesetzgebung im Sinne des Fortschritts wirken.

## Der kapitalistische Unternehmer.

II.

Dr. Alexander Tille, Syndikus einer Unternehmerorganisation, hat vor einiger Zeit im Bezirksverein Deutscher Ingenieure, Saarbrücken, eine sehr streitbare Rede zur Verteidigung der Unternehmerfestung gehalten. Sein Vortrag zeichnet sich von anderen Publikationen dieser Art (auch von dem letzten Vortrage Prof. Ehrenbergs im Bund der österreichischen Industriellen) durch eine gewisse Prägnanz der Darstellung aus, durch klare Formulierung der Begriffe, die hier zur Debatte stehen. Eingeleitet wurde der Vortrag mit folgenden Worten:

„Ich möchte heute über ein dreifaches Stiefkind sprechen, über das Stiefkind der wissenschaftlichen Nationalökonomie, über das Stiefkind der öffentlichen Meinung und über das Stiefkind im Staatsleben. Dieses dreifache Stiefkind ist das gewerbliche Unternehmertum. Von der wissenschaftlichen Nationalökonomie hat es entweder bisher gar keine Behandlung erfahren oder eine höchst kümmerliche und ungerechte, von der öffentlichen Meinung wird es beharrlich beschimpft und gemißhandelt und im Staatsleben wird es beinahe als nicht vorhanden oder höchstens als schröpfbares Opfer betrachtet.





stationen, die die Kollegen Jahre hindurch wunden mußten. Und doch erlebte der Beschirmer und Pflegevater der Gelbblinde keine Freude an seiner zärtlich gehegten Sumpfpflanze. Es kann auch gar nicht anders sein, denn auf die Dauer lassen sich die betörten Arbeiter doch nicht gegen ihre eigenen Interessen benutzen. Das ist eine Binsenwahrheit, mit der jeder mit dem Arbeiterleben einigermaßen Vertraute als einer Selbstverständlichkeit rechnet.

Nur Herr Müller nicht! Dieser christliche Fabrikant, dem die Geschichte und die Lehren der Arbeiterbewegung böhmische Dörfer sind, hat sich zu sehr an dem, was ein Schutzverbandsdoktor verzapfte, berauscht. Der sonst vielleicht klare Blick ist daher jetzt getrübt und dem geschwellenen Kraftgefühl muß naturgemäß eher oder später die Reaktion, der Jammer folgen. Das Vorgehen des christlichen Fabrikanten hat den Arbeitern die Augen geöffnet. Hier hat sich wieder das Wort bewährt, daß Unternehmer dieses Schlages unsre besten Agitatoren sind.

»Wer Augen hat zu sehen, der sehe, und wer Ohren hat zu hören, der höre!« Aber in seinem Schutzverbandsrausch schlägt dieser Mann diese biblischen Mahnungen in den Wind. Und wenn einst aus hohem Munde das Wort erklang: »Schwerste Strafe dem, der seine Mitbürger an ehrlicher Arbeit hindert!« — so scheint es für den christlichen Fabrikanten nicht zu existieren. Denn das erste, was Herr Müller tat, als er die Arbeiter aufs Pilaster gesetzt hatte, war die Herausgabe von schwarzen Listen. Auf diesen sind nun die Verbrecher am heiligen Kapital, die Lithographen, Steindruckler, Buchbinder, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen fein säuberlich der Reihe nach verzeichnet und den »verehrlichen Kollegen« — auf die Herr Müller, nebenbei bemerkt, bei anderer Gelegenheit gepöffelt hat — aufs wärmste zur Aushungerung empfohlen. Trotzdem hat Herr Müller natürlich stets »vollständig korrekt« gehandelt und nur die Arbeiterschaft ist das Karnickel, das angefangen hat.

Der schon im vorigen Artikel zitierte Prophet Jesus Sirach läßt sich im 34. Kapitel, Vers 25—27 also vernehmen: »Das Brot der Armen ist das Leben der Armen: wer ihn darum bringt, ist ein Mörder. Wer das im Schweife gewonnene Brot raubt, ist gleich dem, der seinen Nächsten tötet. Wer Blut vergießt, und der, so seinen Tagelöhner betrügt, die sind Brüder.« Das wäre so ein passender Spruch, den man einem christlichen Arbeitgeber, der die Arbeiterschaft der Aushungerung aussetzen sucht, ins Stammbuch schreiben müßte.

## O sancta simplicitas!

Der weise Rabbi Ben Akiba in Karl Otkow's »Uriel Acosta« mit seinem berühmten Ausspruch: »Schon dagewesen — alles dagewesen« wird wieder einmal Lügen gestraft. Denn daß graphische Arbeiter selbst gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit gewesen sind, dürfte wohl noch nicht dagewesen sein.

In einem thüringischen Städtchen am Fuße des »Langen Berges« ist noch eine sehr lange Arbeitszeit: im Sommer von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr und im Winter von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Mittags-, Frühstücks- und Vesperpause abgerechnet sind das volle zehn Stunden Arbeitszeit! Man sollte nun meinen, daß die dortigen Kollegen das Bedürfnis haben müßten, auch die acht- und neunstündige Arbeitszeit zu erhalten, wie sie in der Umgegend längst besteht. Aber weit gefehlt! Der Buchdrucker-Verband hat sich in dieser »idyllischen Gegend, wo Lithographen, Stein- und Buchdrucker im Sommer um 1/26 Uhr und im Winter um 1/27 Uhr »auf die Arbeit« rennen, die größte Mühe gegeben, desgleichen auch unsere Organisation, aber es war alles vergeblich.

Nun braucht man sich allerdings nicht über diese Erfolglosigkeit wundern, wenn man erfährt, daß die zwei maßgebendsten Buchdruckerhilfen dieses gemischten Betriebes zum Prinzipal — der vielleicht schließlich einsichtsvoller wäre wie seine Leute — gesagt haben: Wenn die Arbeitszeit auf Grund des Vorsprechens der Buchdrucker-Vertrauensmannes (von auswärts!) eingeführt würde, würden sie sofort kündigung. Weiser Rabbi Ben Akiba, du bist Lügen gestraft, denn das dürfte doch noch nicht dagewesen sein!

Möchten sich doch diese Kollegen jetzt den Vorgang in Hofgeismar zum Muster nehmen, wo Lithographen, Stein- und Buchdrucker sowie das übrige Personal einmütig auf Verkürzung der Arbeitszeit hinarbeiteten und auch gemeinschaftlich den Sieg errangen. M.

## Stimmungsbilder aus Schlesien zu den Beschlüssen der Hamburger Generalversammlung.

In fünf gut besuchten Versammlungen erstattete bis jetzt der unterzeichnete Delegierte zur Hamburger Generalversammlung seinen Bericht, und zwar in den Orten Altwasser, Hirschberg, Hof-Göhlenau, Freiburg und Schweidnitz.

Im Vordergrund aller Debatten stand vor allen Dingen unser neues Statut. In Altwasser war eine starke Minorität vorhanden, die lebhaft gegen die Kürzungen der Invaliden- und Witwen-Unterstützung

protestierte. Eine dementsprechende Resolution wurde jedoch von der Mehrheit abgelehnt.

Hirschberg erklärte sich im großen und ganzen mit den Beschlüssen einverstanden. Nur fand die Kürzung der Krankenunterstützung nicht den vollen Beifall. Durch eine genügende Erhöhung der Beiträge wäre jede Ausschreibung von Extrasteuern, womit man heute noch immer zu rechnen hat und die doch stets böses Blut und Scherereien verursacht, überflüssig geworden. Die Mitglieder erwarteten von der Neuregelung der Kassenverhältnisse dauernd gesunde Zustände in unserer Organisation.

Hof-Göhlenau legte sich auf folgende Erklärung fest: »Die Kollegen sprechen sich dahin aus, daß der Beitrag lieber bei 1,50 Mk. ständig belassen bleiben sollte, als daß in bezug auf Kranken- und namentlich Invalidenunterstützung so namhafte Kürzungen vorgenommen würden. Die Kollegen sind der Ansicht, daß die jetzt vorgenommene Sanierung auf die Dauer nicht ausreicht und eine Beitragserhöhung später doch vorgenommen werden muß. Wenn der Beitrag jetzt schon erhöht worden wäre, hätten wir einen genügend großen Fonds angesammelt, mit welchem wir gut ausgekommen wären. Im allgemeinen ist aber die Zahlstelle Hof-Göhlenau mit der auf der Generalversammlung geleisteten Arbeit einverstanden und spricht ihre Anerkennung aus.«

Freiburg nahm folgende Resolution einstimmig an: »Die Zahlstelle erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden und erkennt die Sanierung der Kassen nach den gegebenen Verhältnissen für unbedingt notwendig an. Sie steht auf dem Standpunkt, so fest wie bisher zum Verbands zu halten und seine Interessen nach Kräften zu fördern.«

Schweidnitz erklärte sich im allgemeinen mit den Beschlüssen einverstanden, bis auf die enormen Kürzungen der Invaliden- und Witwen-Unterstützung. Die Kollegen waren der Meinung, daß es Pflicht des Hauptvorstandes gewesen wäre, die Mitglieder über die ungünstigen Kassenverhältnisse der Invaliden- und Witwenkasse vor der Generalversammlung aufzuklären. Sie sprachen nun die Erwartung aus, daß die diesmaligen Festlegungen der Unterstützungsätze auf Jahre hinaus unverändert bleiben möchten.

Zu diesen Berichten, nach denen in verschiedenen Zahlstellen lieber eine Beitragserhöhung gewünscht wurde als eine Beschneidung der Unterstützungen, sei bemerkt, daß sich der schlesische Bezirksrat, der kurz vor der Generalversammlung stattfand, einmütig gegen eine Beitragserhöhung aussprach.

Fr. Zappe.

## Ortsberichte.

**Dortmund.** Am 18. September gab Kollege Gruschke-Düsseldorf Bericht von der Hamburger Generalversammlung. Auch die Kollegen aus Essen und Bochum hatten sich dazu eingefunden. Der Referent hob die große Bedeutung der letzten Generalversammlung für die Kollegenschaft hervor und legte dar, daß die Kassenverhältnisse einer Umgestaltung dringend bedürften. Dieser Aufgabe hat die Generalversammlung Rechnung getragen durch die Reduzierung verschiedener Unterstützungs-zweige, wodurch die Grundlage zu einer gesunden Weiterentwicklung unsrer Kampforganisation geschaffen wurde. In der Diskussion wurde die Reduzierung der Reiseunterstützung sehr bedauert, durch die die Lohnrückerei unvermeidlich sei. Außerdem wurde bemängelt, daß bei Lohnbewegungen zu bürokratisch verfahren werde. Diesen besonders aus den Reihen der Steindruckerkollegen erhobenen Einwänden wurde durch die Chemigraphenkollegen entgegengetreten, die die Beschlüsse der Generalversammlung vollinhaltlich billigten. Besonders wurde die Festigung der Invalidenkasse begrüßt, durch die das bei der Verschmelzung gegebene Versprechen auch gehalten werden kann. Nach Schluß der Versammlung wurden noch einige fröhliche Stunden mit den auswärtigen Kollegen verlebt.

**Straßburg.** Am 17. September gab Kollege Richter-Lahr Bericht über unsere Generalversammlung in Hamburg. Nach reger Diskussion fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der die Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung gutgeheißen wurden. Ferner wurde nach längerer Debatte mit 15 gegen 2 Stimmen beschlossen, beim Hauptvorstand den Ausschluß des früheren Oberdruckers Franz Opitz zu beantragen.

## Der Lithograph

Teil zur die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.  
Redigiert von Fr. Schaeffer, Hannover.

## Von der dritten Lithographenkonferenz.

IV.

### Eine neue Erscheinung in der Entwicklung unsrer Berufsverhältnisse.

Bei der Besprechung des Geschäftsberichtes der Zentralkommission auf der Lithographenkonferenz

in Hamburg wurde auch auf eine neue Erscheinung in der Entwicklung unsrer Berufsverhältnisse hingewiesen, die sich zunächst in Berlin als eine Folge der Zollerhebungen der amerikanischen Kapitalisten bemerkbar macht. Diese neue Erscheinung, die für uns Lithographen von großer Bedeutung ist, dürfte gewiß alle Kollegen sehr interessieren.

Bei der im vorigen Jahre erfolgten Revision des amerikanischen Zolltarifs wurden bekanntlich auch die Erzeugnisse des deutschen Lithographiegewerbes mit so gewaltigen Zollerhöhungen bedacht, daß für diese der amerikanische Markt fast ganz verloren ging. Diese Wirkung war auch der Zweck der ganzen Maßnahme. Die Steindruckerei-Unternehmer in Amerika, die im Verein mit unsern dortigen Berufskollegen eine ungeheure Agitation für diese Zollerhöhungen entfaltet hatten, wollten sich mit Hilfe des revidierten Zolltarifs die Konkurrenz der deutschen Unternehmer vom Halse halten und die fetten Profite, die unsre Unternehmer drüben machten, selbst einheimen.

Die Absicht, der deutschen Konkurrenz die amerikanischen Abnehmer abzutreiben, ist diesen Profitjägern nun zwar zum guten Teile gelungen; aber ihrem weiteren Ziele, diese Abnehmer selbst ausbeuten, stellen sich in technischer Beziehung doch recht große Schwierigkeiten entgegen. Zur Anfertigung der Spezialarbeiten, die bisher das deutsche Lithographiegewerbe für den amerikanischen Markt geliefert hat, fehlt es den amerikanischen Steindruckerei-Unternehmern am nötigen geschulten Personal, an geübten Druckern sowohl als auch an Lithographen. In Amerika sind diese Spezialkräfte, besonders unter den Lithographen, sehr schwer aufzutreiben. Dies gab auch den Anlaß zur Einschränkung der vielen Anzeigen in deutsche bürgerliche Blätter, worin man durch ungewöhnlich hohe Versprechungen — man bot Wochenlöhne von 80 bis zu 140 Mk. — deutsche Lithographen zur Auswanderung nach Amerika zu verleiten suchte.

Wie uns die Berichte aus Amerika sagen, haben sich durch diese amerikanischen Großsprecherereien deutsche Lithographen auch in solch hoher Anzahl zur Auswanderung nach Amerika verleiten lassen, daß sie drüben auf dem Arbeitsmarkte bereits eine beträchtliche Reservearmee bilden. Aber die dortigen profitlüsternsten Steindruckerei-Unternehmer sind deshalb doch noch nicht aus ihren Nöten befreit worden: sie sind durch diese Einwanderung nicht auf ihre Rechnung gekommen. Denn unter den vielen zugereisten Lithographen befanden sich nur selten solche Spezialkräfte, woran es ihnen mangelt. Die tüchtigsten Lithographen sind eben immer noch in ihrer deutschen Heimat geblieben. Daß es so ist, das ergibt sich auch aus dem Schreiben des »armen Freundes Z.« aus Amerika, das irgend eine gelbe Seele dem juristischen Lohnschreiber des Schutzverbandes übermittlelt hat, der es im Steindruckgewerbe mit schmatzendem Behagen veröffentlichte. In diesem Schreiben des »armen Freundes Z.« heißt es: »Wir sitzen hier, lauter Deutsche, und machen Deutschland Konkurrenz, denn wir machen nach Ansicht des Vormannes alles schönere und praktischere, aber dreimal so teuer. Es werden nur deutsche Sachen nachgemacht, und zwar mit der Lupe nach den Punkten gesucht. Neues nach eignen Originalen gibt es nicht. Deutschland und Europa mag sich beruhigen ob unsrer Konkurrenz.«

Aber der amerikanische Steindruckerei-Unternehmer ist sehr findig, er weiß sich stets zu helfen! Bekommt er die nötigen geschickten Arbeitskräfte selbst nicht durch die schönsten Lockmittel ins Land, nun so verlegt er eben einen Teil seines Betriebes dorthin, wo sich solche in genügender Anzahl leicht finden. Und so haben wir denn die Tatsache zu verzeichnen, daß amerikanische Unternehmer dazu übergehen, in Berlin regelrechte lithographische Anstalten einzurichten, natürlich ohne Druckereibetrieb. Einige sind schon im Gange. Diese amerikanischen Pflanzkassen lassen also jetzt einfach in Berlin lithographieren und in Amerika drucken. Mit besondern technischen Schwierigkeiten ist diese Betriebsart nicht verknüpft; auch nicht mit Unkosten, wegen der billigeren deutschen Löhne dürften dabei sogar noch Ersparnisse gemacht werden. Da die Lithographen jetzt in Berlin von geschulten Lithographen sachgemäß ausgeführt werden, ist es den Unternehmern nun auch möglich, den Druck in Amerika ohne deutsche Hilfskräfte durchzuführen.

Auf der Lithographenkonferenz in Hamburg wurde nun die Frage aufgeworfen, ob es nicht vielleicht in unserm Interesse läge, wenn wir diese amerikanischen Ordnungen in Berlin zu untergraben versuchten. Es sei doch eine feststehende Tatsache, daß, wenn wir hier in Deutschland den Amerikanern die Anfertigung von Lithographien verweigerten, wir diesen auch gleichzeitig in Amerika die Durchführung des Druckes unmöglich machen würden.

Denn ohne die sachgemäß durchgeführten deutschen Lithographien könnten die amerikanischen Drucker keine befriedigenden Resultate erzielen. Die amerikanischen Unternehmer wären dann schließlich gezwungen, auf die Uebernahme dieser Druckaufträge, die bisher den Deutschen zukamen, überhaupt zu verzichten. So würde es möglich, daß diese Aufträge dem deutschen Lithographiegewerbe wieder anheimfielen. Neben der Lithographie bliebe dann zu unserm Nutzen auch noch der Druck im Lande.

Die Lithographenkonferenz trat dieser Anregung nicht bei, und das aus verschiedenen Gründen mit vollem Rechte. Denn befolgten wir diesen Ratschlag, so würde dies für uns sicher zu ganz unliebsamen Weiterungen führen.

Das Lithographiegewerbe hat nun einmal in Deutschland seinen Hauptsitz. In Deutschland befinden sich daher auch die tüchtigsten und erfahrensten Vertreter unsers Berufes. Das ist gewiß keine Zufälligkeit, sondern eine natürliche Folge der großen Ausbreitung des deutschen Lithographiegewerbes. Weil die Verhältnisse bei uns so liegen, darum sehen wir denn auch, daß sich viele Steindruckereien des Auslandes oft dann, wenn sie eine besonders gute Arbeit zu liefern haben, veranlaßt fühlen, ihre Lithographien in deutschen Privatanstalten anfertigen zu lassen. Und bisher ist es uns noch niemals eingefallen, die Herstellung dieser Lithographien deshalb zu verweigern, weil ihr Druck im Auslande geschehe. Wollten wir nun den amerikanischen Firmen die Lithographie in Deutschland versagen, so müßten wir, wenn wir folgerichtig handeln wollen, alle Firmen des übrigen Auslandes in Zukunft ebenso behandeln.

Die Einrichtung lithographischer Anstalten seitens amerikanischer Unternehmer in Berlin ist eine Erscheinung der kapitalistischen Entwicklung. Dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten, dazu haben wir gar keine Veranlassung; sind wir uns doch auch klar, daß wir diese, falls wir eingreifen, bestenfalls nur auf eine kurze Spanne Zeit hemmen könnten. Es läge wohl in unsrer Macht, den amerikanischen Unternehmern das Gedeihen ihrer eingerichteten lithographischen Anstalten in Deutschland am Anfang zu unterbinden; aber ob wir mit solcher Maßnahme auch wirklich den Zweck erreichen würden, den wir damit verfolgen, ist sicher mehr als fraglich. Bei einem Mißerfolge hätten wir nicht nur nicht den Druck der betreffenden Arbeiten für unsre deutschen Drucker wieder gewonnen, sondern obendrein auch noch die Lithographie, die uns durch diese Betriebsteilung der amerikanischen Unternehmer in Deutschland verbleibt, nach Amerika abgeschoben.

Nun sind wir uns wohl darüber einig, daß die Wahrscheinlichkeit sehr groß ist, daß die amerikanischen Unternehmer später, wenn sie sich leistungsfähigere Lithographen in Amerika herangebildet haben werden, ihre lithographischen Anstalten wieder nach dorthin verlegen werden; daß also auch der Verlust dieser lithographischen Arbeiten für uns nur eine Frage der Zeit ist. Ob diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird, darüber brauchen wir uns jetzt keine Sorgen zu machen, wir können das ruhig abwarten. Aber weil mit einer solchen Entwicklung der Verhältnisse sowieso zu rechnen ist, darum hat es auch schon aus diesem Grunde gar keinen Zweck, sich erst auf das angeregte Vorgehen einzulassen.

Freuen wir uns lieber, daß uns durch diese Einrichtung der amerikanischen Unternehmer viele Arbeiten, die wir durch die Wirkung des neuen amerikanischen Zollgesetzes schon für uns verloren glaubten, vorläufig noch auf eine gewisse Zeit hinaus erhalten bleiben. Wenn wir lediglich dafür sorgen, daß in diesen neuengerichteten lithographischen Anstalten in Berlin auch wirklich gute Arbeitsverhältnisse Platz greifen, dann dienen wir unsern Interessen am besten! Im übrigen kann es uns ganz gleich sein, ob wir für einen deutschen oder amerikanischen Unternehmer arbeiten, ausgebeutet werden wir von beiden.

Die Erwägung, ob wir den amerikanischen Unternehmern die Anfertigung von Lithographien verweigern sollen, um die ganzen Druckarbeiten unsern deutschen Firmen zu erhalten, erledigt sich überdies schon dadurch, daß deutsche Steindruckereier-Unternehmer jetzt dabei sind, Betriebe in Amerika zu errichten. Diese Leute schaffen also selbst die Arbeiten aus Deutschland hinaus!

Unsre Schutzverbändler würden es wohl recht gerne sehen, wenn wir so töricht wären, ihren Konkurrenten, den amerikanischen Unternehmern, in Deutschland die Anfertigung von Lithographien zu versagen. Ob wir aber sonst anderweitige Beschäftigung erlangen könnten, das kümmert sie nicht. Diesen Leuten würde es sogar sehr lieb sein, wenn durch solche Belästigung von nationalem Gefühl

unsre Reservearmee noch weiter answölle. Diese Freude soll ihnen aber versagt bleiben!

## Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

### Die Entwicklung unserer Berufsverhältnisse.

II.

Die erste brauchbare Schnellpresse baute die Firma Forin-Paris. In Deutschland folgten bald darauf Siegl, Schmiere-Werner-Stein und Faber & Schleicher.

In der Zeit, als die ersten Schnellpressen gebaut wurden, hatte der Buntdruck bereits eine ansehnliche Höhe erreicht. Es sind zu nennen die Firmen Storch & Kramer in Berlin, Piloti & Löhle und Hanfstängel in München, Kruthofer in Frankfurt, Gattnerich in Stuttgart, Payne in Leipzig und andere mehr, die achtunggebietende Erzeugnisse auf den Markt brachten. Für diese Anstalten war die Maschine ein gelegenes Mittel, um ihren Betrieb weiter auszubauen und der Quantität ihrer Produkte zu vermehren. Jedoch fanden die Maschinen nur langsam Eingang. Im Jahre 1870 waren kaum ein Dutzend in Deutschland im Gange. Erst nach Beendigung des französischen Krieges, in den Jahren des Beginns der deutschen Weltproduktion wurden Schnellpressen im größeren Umfange aufgestellt. In jenem Jahre begann auch die Blütezeit unserer Industrie, die dem Unternehmertum riesenhafte Gewinne in den Schoß warf. Allgemein standen unsere damaligen Kollegen der Einführung der Schnellpresse feindlich gegenüber. Man befürchtete, daß durch die größere Arbeitsleistung der Maschine viele Drucker brotlos werden würden. Allein man übersah — was sich in anderen Industrien schon vorher gezeigt hatte und was sich nachher oft wiederholte — daß durch die nun einsetzende Massenerzeugung die Produkte billiger verkauft werden konnten und die dadurch hervorgerufene Nachfrage für neue Arbeitsgelegenheit sorgte.

Mit der Einführung des Schnellpressenbetriebes nahm die Entwicklung des Steindruckgewerbes einen schnellen Aufschwung. Die Ursache dazu war, daß besonders der Buntdruck, die Chromolithographie, gegenüber dem Handpressendruck weit vollkommene Resultate lieferte. Das Etiketten- und Plakatwesen entwickelte sich schnell. Die Luxuspapierfabrikation und das Kartonagenfach, die Herstellung von Glückwunschkarten, Zigarren-, Schokolade-, Konfektur- und Parfümerieausstattungen nahmen großen Umfang an und brachten den Arbeitern Arbeitsgelegenheit und den Unternehmern Profit. Die günstige Wirtschaftslage in Deutschland sorgte für guten Absatz. Aber auch für das Ausland wurde viel produziert, insbesondere für England und Amerika. Vor allem erwies sich letzteres als ein Absatzgebiet von unbegrenzter Aufnahmefähigkeit.

Aber mit dem Aufschwung unseres Berufes kam auch der Druck nach unten. Als noch die Handpresse vorherrschend war, bestand zwischen Arbeitern und Prinzipalen vielfach ein patriarchalisches Verhältnis, was darauf zurückzuführen ist, daß die meisten der damaligen Druckereihhaber selbst von der Pike auf gedient hatten. Mit der Schnellpresse kam der Kaufmann, der Kapitalist in die Druckerei, und es begann jetzt ein Produzieren um hohe Gewinne. Die Folge davon war, daß sich zwischen Unternehmern und Arbeitern gegensätzliche Interessen herausbildeten. Die alten Verhältnisse hörten auf. In verschiedenen örtlichen Fach- oder Senefelder-Vereinen waren Prinzipale nicht nur Mitglieder, sondern sie bekleideten oft auch Vertrauensposten; auf dem Würzburger Kongreß 1873, der den Senefelder-Bund zu gründen beschloß, beantragten jedoch die Nürnberger Kollegen, daß für die Folge Prinzipale nicht mehr aufgenommen werden und, soweit sie bereits Mitglieder waren, kein Amt bekleiden sollten. Es trat eine scharfe Trennung ein: die Arbeiter — die Kapitalist! Die Streiks in Frankfurt a. M. und Nürnberg 1872, die ja den Anlaß zur Gründung des Senefelder-Bundes gegeben haben, waren die Folge.

Leider ließ der Geist unserer Kollegen die Beständigkeit vermissen, die notwendig gewesen wäre. Verfahren und zerrissen lagen die Organisationsverhältnisse daniher. Und zwar einmal deshalb, weil die Idee, sich zur Erringung wirtschaftlicher Vorteile zu organisieren, neu war und nur langsam ausbreitete, dann gab es aber auch einige Kollegen, die bei ihrem guten Verdienst eine Organisation für überflüssig hielten. Es gibt ja solche Leute auch heute noch, nur mit dem Unterschiede, daß die Organisation jetzt trotzdem wächst und ihren Weg geht.

Der Rückschlag, der nach der glänzenden Periode in den Gründerjahren den deutschen Wirtschaftsmarkt heimsuchte, war für unser Gewerbe nur von kurzer Dauer und übte keine nennenswerte Wirkung aus. Der Absatz nach England und Amerika geriet fast garnicht ins Stocken. Und auch in den folgenden Jahren entwickelte sich das Steindruckgewerbe

zu einer glänzenden Kapitalanlage für das Unternehmertum.

Den ersten schweren Schlag erfuhr unser Gewerbe durch den englischen Parlamentsbeschluß, der bei eingeführten Waren die Angabe des Herstellungslandes verlangte. Jedes Druckerzeugnis mußte den Vermerk: Printed in Germany (gedruckt in Deutschland) tragen. Es kam noch hinzu, daß in England und Amerika die Lithographie stark entwickelte und dadurch ein heftiger Konkurrenzkampf mit Deutschland begann. Die Tatsache, daß der Arbeiter die Kosten zu tragen hat, wenn sich die Unternehmer um die Profite balgen, ging auch an unseren Kollegen in Erfüllung. Wenn der Profit des Unternehmers sinkt, so ist es der Arbeiter, der durch erhöhte Ausnutzung seiner Arbeitskraft einen Ausgleich herbeiführen muß. Durch Einführung der Tagesauflage von 3000 Druck und darüber, des Prämiensystems und von Maschinen großen Formates, durch Massenausbildung von Lehrlingen und den dadurch erzeugten Druck auf die Löhne, gelang es den Unternehmern, den alien Markt zu behaupten und neue Absatzgebiete zu gewinnen. Ohnmächtig standen unsere Kollegen den Verschlechterungen gegenüber, denn eine starke Organisation, die bessernd hätte eingreifen können, fehlte.

Einen neuen und glänzenden Aufschwung nahm unser Gewerbe in der Mitte der neunziger Jahre durch Einführung der illustrierten Postkarte. Das war die Zeit, wo sich die Unternehmer gesund gemacht und goldene Ströme in ihre Taschen geleitet haben; wir jedoch bluten heute dafür mit unserer Invalidenkasse. Die Reichsregierung nahm sich liebevoll durch Einführung des 2 Pf.-Portos unserer Unternehmer an und wir bekamen durch den Zolltarif die Schläge auf den Magen. Durch Einführung der Tagesauflage von 3500, die bis auf 4000 und in neuester Zeit sogar noch darüber hinaus in die Höhe geschraubt wurde, durch raffiniertes Ausbauen des Prämiensystems und andere Verschlechterungen kam endlich bei unseren Kollegen die Erkenntnis, daß eine straffe Organisation unbedingt geschaffen werden muß. Es kam die Verschmelzung von 1905. Kraftvoll nahm unsere Organisation die Verbesserung der zurückgebliebenen auf. Und als unsere Kollegen bei Festlegung von Lohn- und Arbeitsbedingungen mitreden wollten, da bildete sich schnell mit großer Einmütigkeit der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer mit dem ausgesprochenen Zwecke, unsere Organisation in ihrem Wirken aufzuhalten.

Berichtigung. Im gleichnamigen Artikel der vorigen Nummer ist auf Seite 341, Spalte 1, Zeile 15 von oben statt »Vorteile« zu lesen: Urteile.

## Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

### Zum Lichtdruckertarif.

Bei der letzten Sitzung des Tarifausschusses am 30. Juni 1910 wurde bekanntlich der Tarif für Deutschlands Lichtdrucker bis zum 31. Dezember 1910 verlängert mit der Bestimmung, daß vor dem 1. Oktober ein neuer Tarif für die folgenden Jahre vom Ausschuss durchberaten werden solle. Aus irgend einem Grunde nun sind die Einladungen zu dieser Beratung ausgeblieben. Man weiß nicht, ob der unparteiische Geschäftsführer oder das Tarifamt oder beide in diesem Jahre schon frühzeitig den Winterschlaf angefangen haben oder ob mit dem ersten Scharfmacher alle Prinzipale jetzt auf den Tarif pfeifen; vielleicht tut auch den Lichtdruckern, um mit einem Prinzipal zu reden, die wohlthuende Ruhe während der tariflich festgelegten Zeit nicht mehr weh.

Mag dem sein, wie ihm wolle, jedenfalls kann heute festgestellt werden, daß mit dem 31. Dezember der Tarif der Lichtdrucker sang- und klanglos verschwindet, und da ist es für uns Gehilfen von größter Wichtigkeit, daß wir uns auf die folgende Zeit vorbereiten.

Bemerken möchte ich hierbei ausdrücklich, daß es nicht die Schuld der Gehilfen ist, wenn kein neuer Tarif zustande kam. Denn wir haben uns stets für einen Tarif ausgesprochen, wenn auch vieles nicht so war, wie man es nach einer siebenjährigen Tätigkeit haben möchte.

In der neuen Situation drängen sich dem Beobachter verschiedene Fragen auf. Werden wir unsere Wünsche, die jetzt vom Ausschuss zu beraten gewesen wären, nun in Gestalt von Forderungen in späterer Zeit auch ohne Tarif durchdrücken können?

Und vor allem: Sind wir in unserer Gesamtheit von 1903 bis heute gewerkschaftlich so weit vorgeschritten, daß wir beim Alarmruf alle in Front marschieren für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen?

Diese Fragen zu beantworten ist nicht so leicht, wie es im Augenblick aussieht. Wir haben bis jetzt, abgesehen von der Aussperrung 1906 in Dresden und dem Dreitagestreik in Leipzig, noch keine Bewegung gehabt, wo es hieß, für die gestellten Forderungen Wochen und Monate zu kämpfen und fest zusammen zu halten.

